

Kufstein

Regierung tanzt auf einem Vulkan

Unterlangkampfen. Mit einer Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft und der Bestellung eines Sachwalters will das Land auf die verdeckte Ausschüttung der Agrar Unterlangkampfen reagieren.

Von Peter Nindler

Innsbruck – In Tirol gehen die Wogen hoch: Gestern rückten bei der Agrargemeinschaft Unterlangkampfen Prüfer der Agrarbehörde an. Schließlich hat die Agrar rund 1,3 Mio. Euro aus ihren Rücklagen in Form von Darlehen an ihre Mitglieder ausgezahlt. Und das, obwohl das Land dies untersagt hatte. Diese Vorgangsweise wird als verdeckte Ausschüttung gewertet, weil laut Rückzahlungsbedingungen auch vereinbart wurde, dass der ausgezahlte Betrag mit künftigen Ausschüttungen aus der Agrargemeinschaft verrechnet wird, „sollte seitens der Agrargemeinschaft keine Rückforderung erfolgen“. Der Leiter der Abteilung Agrargemeinschaften, Bernhard Walser, kündigte gegenüber der TT an, dass eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft geprüft und die Einsetzung eines Sachwalters erwogen wird. Nach der Prüfung steht fest: Der Verdacht hat sich erhärtet, ein Sachwalter dürfte heute eingesetzt werden.

Im Zusammenhang mit den Darlehen könnte auch der Langkampferer BM Georg Karrer (VP) in Bedrängnis kommen. Karrer war bis Jänner 2010 selbst Mitglied der Agrargemeinschaft und übergab dann seine Anteile an seinen Sohn. Wegen seiner Befangenheit vertritt Vize-BM Martin Buchauer (SP) die Interessen der Gemeinde gegenüber der Agrargemeinschaft. Karrer wusste jedoch von den Privatdarlehen, bereits am Montag hat er die Auszahlung bestätigt. Glücklicherweise ist er darüber selbst nicht, als Bürgermeister hat sich Karrer aber nicht dagegen gewehrt.

Kein Verständnis hat die Landesregierung für die Langkampferer Agrarfunktionäre. LH Günther Platter (VP) forcierte das rasche Eingreifen der Agrarbehörde, weil es für solche Agrargemeinschaften keine Toleranz gibt. Man lasse sich nicht mehr länger auf der Nase herumtanzen, verurteilte auch LHStv. Hannes Gschwentner (SP) die verdeckte Ausschüttung. Er begrüßt eine mögliche Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft. Für seinen Parteikollegen, Klubobmann Hans-Peter Bock, gibt es nichts mehr zu diskutieren: „Was dort passiert, ist meiner Einschätzung nach strafrechtlich relevant und gehört bei der Staatsanwaltschaft angezeigt.“ Bock spricht von unglaublichen Machenschaften der AG Unterlangkampfen.

Für ÖVP-Klubobmann Josef Geisler steht einmal mehr fest: „Wer sich nicht ans Gesetz hält, wird die Sanktionen zu spüren bekommen.“ Er warte schon gespannt auf die verfassungskonformen Änderungsvorschläge von Grünen und Bürgerforum für das Agrargesetz.

Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf (VP) erneuerte gestern seine vor zwei Monaten erhobene Forderung, dass die Gemeinden „endlich das Gemeindegut verwalten müssen. Sonst geht nichts weiter.“ Er verlangt wie die Opposition eine Gesetzesänderung. Die bisher vorliegenden Rechnungsabschlüsse würden dies erforderlich machen.

Er regt eine Änderung des Agrargesetzes an.